

**Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“**

		<b>Beschlussvorlage</b>
		X öffentlich
		nichtöffentlich
Einreicher: Verbandsvorsteherin	Datum: 04.03.2022	Drucksache Nr. <b>02/2022</b>

Beratungsfolge

Sitzungstermin

**Verbandsversammlung**

09.03.2022

**Gerichtlicher Vergleichsvorschlag zur einvernehmlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten in gebührenrechtlichen Angelegenheiten im Erhebungszeitraum vom 01.10.2014 bis 30.09.2016**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verbandsversammlung stimmt der Annahme des gerichtlichen Vergleichsvorschlages durch die Verbandsvorsteherin in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittelgraben“ zu Gesch.Z. VG 8 K 472/16 und VG 8 K 489/16 gemäß Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 24.02.2022 zu.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, gegenüber dem Verwaltungsgericht Potsdam bis zum 11.03.2022 die Zustimmung zum Abschluss des Vergleichs zu erklären. Die rechtshängigen Parallelverfahren für die Erhebungszeiträume vom 2014/2015 und 2015/2016 sollen in gleicher Weise durch Annahme eines vom Verwaltungsgericht vorgeschlagenen Vergleichs einvernehmlich beendet werden.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, die derzeit ruhenden Parallelverfahren aufzunehmen, das Verwaltungsgericht um entsprechende Vergleichsvorschläge zu ersuchen und jeweils nach Zugang die Zustimmung zur Annahme des Vergleichsvorschlags zu erklären.

**Beratungsergebnis:**

Gremium: <b>Verbandsversammlung:</b>				Sitzung am: <b>09.03.2022</b>			<b>TOP 5</b>
einstimmig	mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	Enthaltung	ungültig	lt. Beschl.-vorschlag	abweich. Beschluss
X	/	10	/	/	/	/	X
Leiter der Sitzung: <b>Herr Sommerlatte</b>							

Verbandsvorsteherin

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Für die Richtigkeit: gez. Ute Hustig

Einreicher: gez. Ute Hustig

**Finanzielle Auswirkungen?**

ja: X

nein:

**Begründung:**

Das VG Potsdam hat nach ausführlicher Erörterung der Sach- und Rechtslage im Termin zur mündlichen Verhandlung in den Verfahren zu Gesch.Z. VG 8 K 472/16 und VG 8 K 489/16 am 24.02.2022 einen Vergleichsvorschlag mit folgendem Inhalt unterbreitet:

- „1. Die jeweils in Rede stehende Gebührenforderung wird um 15 % reduziert.
2. Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass sie keine abgabenrechtlichen Nebenforderungen gegenüber den jeweils anderen Beteiligten geltend machen werden.
3. Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Beklagte.
4. Die zu viel gezahlten Gebühren werden bis Ende April auf das Konto der Prozessbevollmächtigten der Kläger überwiesen.“

Die vom Gericht vorgeschlagene Reduzierung der festgesetzten Gebühr um 15% beruht auf einer Gesamtbetrachtung, in die das Gericht die möglicherweise derzeit zu hoch in die Kalkulation eingestellte Eigenkapitalverzinsung sowie das Prozessrisiko für den weiteren Fortgang des Verfahrens eingestellt hat.

Die Prozessbevollmächtigten des Verbandes haben in einem per E-Mail vom 01.03.2022 übersandten Vermerk empfohlen, den protokollierten Vergleichsvorschlag durch Erklärung gegenüber dem Gericht anzunehmen. Das Gericht hat eine Frist zur Stellungnahme zum Vergleichsvorschlag bis zum 11.03.2022 gesetzt.

Gem. § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung des WAZV „Mittelgraben“ (GO) ist es in Ausnahmefällen zulässig, Vorlagen spätestens 2 Tage vor der nächsten Sitzung per E-Mail unter Angabe der Gründe nachzureichen. Die Einhaltung der grundsätzlichen Ladungsfrist nach § 1 Abs. 2 GO war hier aufgrund der kurzfristigen Stellungnahmefrist nicht möglich.

Der Prozessbevollmächtigte der Kläger hat in der mündlichen Verhandlung mitgeteilt, dass er den in den am 24.02.2022 verhandelten sowie in den übrigen vergleichbaren anhängigen Verfahren den Vergleichsvorschlag mitträgt.

Im Rahmen einer gleichmäßigen Verwaltungspraxis soll im Falle einer Zustimmung zum Vergleich in den am 24.02.2022 verhandelten Verfahren auch in den – derzeit ruhenden – Parallelverfahren eine entsprechende prozessuale Erklärung abgegeben werden. Hierzu sind die derzeit ruhend gestellten Verfahren durch Erklärung gegenüber dem Verwaltungsgericht wieder aufzunehmen.

Für die Erhebungszeiträume 2014/2015 und 2015/2016 sind 45 Gebührenklagen anhängig, daneben gibt es noch weitere 18 Klageverfahren aus den Erhebungszeiträumen 2017/2018 und 2018/2019.

**Anlage**

Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 24.02.2022

Vermerk der Prozessbevollmächtigten in den Verfahren VG 8 K 472/16 und 489/16 vom 01.03.2022

**Änderung/Ergänzung des Beschlussvorschlages**

Die Überschrift zur Beschlussvorlage Drucksache 02/2022 wird dahingehend geändert, dass es nicht „gerichtlicher Vergleichsvorschlag“ heißen soll, sondern lediglich „Vergleichsvorschlag“.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„Die Verbandsversammlung stimmt der Annahme des Vergleichsvorschlages durch die Verbandsvorsteherin in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittelgraben“ zu Gesch.Z. VG 8 K 472/16 und VG 8 K 489/16 gemäß Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 24.02.2022 zu.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, gegenüber dem Verwaltungsgericht Potsdam bis zum 11.03.2022 die Zustimmung zum Abschluss des Vergleichs zu erklären.

Die rechtshängigen Parallelverfahren für die Erhebungszeiträume vom 2014/2015 und 2015/2016 sollen in gleicher Weise einvernehmlich beendet werden.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, die derzeit ruhenden Parallelverfahren aufzunehmen und entsprechend des Vergleichsvorschlages tätig zu werden.“